

Stand: 29.03.2024 06:14:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/4199

"Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FPD hinsichtlich der "Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene" nicht umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/4199 vom 16.03.2010
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/5841 des VF vom 30.09.2010
3. Beschluss des Plenums 16/5950 vom 14.10.2010
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 14.10.2010

Antrag

der Abgeordneten **Franz Schindler, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD**

Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP hinsichtlich der „Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene“ nicht umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene gegen die Umsetzung des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und FDP hinsichtlich der „Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene“ einzutreten und stattdessen dafür Sorge zu tragen, dass die Gerichtsvollzieher im Rahmen der Dienstrechtsreform höher eingruppiert, die geprüften Gerichtsvollzieher ihrer Ausbildung entsprechend besoldet und die Arbeitsbedingungen der in Bayern tätigen Gerichtsvollzieher verbessert werden.

Begründung:

Laut Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode des Bundestages sollen die Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene übertragen werden.

Gerichtsvollzieher sind bisher hoheitlich tätige Organe der Rechtspflege, die als Beamte des mittleren Justizdienstes in einer Sonderlaufbahn die Zwangsgewalt des Staates in eigener Verantwortung ausüben. Jährlich bearbeiten sie bundesweit etwa neun Millionen Zwangsvollstreckungsaufträge und etwa drei Millionen Anträge auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes.

Die Zwangsvollstreckung ist in dem jetzigen System nicht kostendeckend. Vielmehr besteht im Durchschnitt der Bundesländer ein Zuschussbedarf von ca. 39.000,00 Euro je Gerichtsvollzieher und Jahr.

In Bayern sind etwa 750 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher tätig, von denen aber 143 zum Teil schon seit Jahren auf die Ernennung und die damit verbundene Besoldung warten.

Trotz der Befugnis zur Ausübung hoheitlicher Gewalt sind gesetzliche Grundlagen für die Tätigkeit der Gerichtsvollzieher neben § 154 GVG nur rudimentär vorhanden, was nach verbreiteter Meinung gegen die Anforderungen der Wesentlichkeitstheorie des BVerfG verstößt. Das gegenwärtige System der Bürokostenentschädigung ist kompliziert und führt zu Streit zwischen den Gerichtsvollziehern und den Justizverwaltungen.

Wegen dieser und anderer Probleme und insbesondere aus fiskalischen Erwägungen werden seit Jahren nicht nur Überlegungen zur Steigerung der Effizienz der Zwangsvollstreckung, sondern auch zur Neuorganisation des Gerichtsvollzieherwesens angestellt. Im Auftrag der Justizministerkonferenz hat eine im Jahr 2003 eingesetzte Bund-Länder Arbeitsgruppe zur „Organisation des Gerichtsvollzieherwesens/Privatisierung“ mehrere Berichte vorgelegt und als sog. „strukturelle Lösung“ zunächst die Übertragung der den bislang beamteten Gerichtsvollziehern obliegenden Aufgaben auf beliehene Private vorgeschlagen. Die Justizministerkonferenz hat sich 2006 dafür ausgesprochen, das Gerichtsvollzieherwesen entsprechend dem Beleihungsmodell umzugestalten. Ein von den Ländern Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2007 im Bundesrat eingebrachter Gesetzentwurf zur Neuorganisation des Gerichtsvollzieherwesens hat dort zwar eine Mehrheit gefunden, ist aber auf Ablehnung der Bundesregierung gestoßen und in der 16. Legislaturperiode nicht mehr weiterverfolgt worden. Die genannten Länder haben den Gesetzentwurf im Februar 2010 unverändert über den Bundesrat erneut eingebracht.

Der vorliegende Gesetzentwurf mit dem Ziel einer Änderung des Grundgesetzes zur Ermöglichung eines Systemwechsels hin zu beliehenen Gerichtsvollziehern wird abgelehnt. Die Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen mittels staatlich legitimierter Gewalt stellt ein Wesensmerkmal des Rechtsstaates dar. Die Übertragung dieser Aufgabe auf unternehmerisch tätige, untereinander in Konkurrenz stehende beliehene Amtsträger bedeutet u.E. einen Verlust an Staatlichkeit an völlig falscher Stelle und einen rechtszivilisatorischen Rückschritt. Ein Systemwechsel hätte auch für die Gerichtsvollzieher keine Vorteile, solange ihnen keine weiteren Zuständigkeiten übertragen und das Vollstreckungswesen nicht modernisiert wird. Für die Gläubiger und die Schuldner bedeutet ein Systemwechsel auch, dass für die Vollstreckung mindestens dreifach höhere Gebühren bezahlt werden müssen als im jetzigen System.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, die Gesetzesinitiative der genannten Länder nicht zu unterstützen und stattdessen in ihrer eigenen Zuständigkeit eine höhere Eingruppierung der Gerichtsvollzieher und die sofortige Ernennung zu Gerichtsvollziehern nach erfolgreicher Prüfung vorzunehmen und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der in Bayern tätigen Gerichtsvollzieher zu sorgen und die sachlich gebotene Anhebung der Ausbildung auf Fachhochschulniveau anzustreben.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD
Drs. 16/4199

Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP hinsichtlich der "Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene" nicht umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz federführend zugewiesen.
Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 24. Juni 2010 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 6. Juli 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 28. September 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 28. September 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 30. September 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD

Drs. 16/4199, 16/5841

Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FPD hinsichtlich der „Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene“ nicht umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das ist einmal Tagesordnungspunkt 4:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.

Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Außerhalb der Tagesordnung soll im Einvernehmen mit den Fraktionen noch über eine Umbesetzung im Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA Beschluss gefasst werden. Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle der Kollegin Gertraud Goderbauer Herr Kollege Hans Herold neues ordentliches Mitglied im Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA werden soll. Dessen bisherige Position als stellvertretendes Mitglied soll Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein übernehmen. Gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Landtags werden die Mitglieder des Untersuchungsausschusses von den Fraktionen und dann von der Vollversammlung bestimmt. Ich frage, ob es hierzu Wortmeldungen gibt. - Ich sehe keine. Damit können wir zur Beschlussfassung schreiten. Ich gehe davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. - Dem ist so. Wer also mit der Bestellung von Herrn Kollegen Herold als Mitglied und von Frau Kollegin Schreyer-Stäblein als stellvertretendes Mitglied des Untersuchungsausschusses einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstim-

men? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch keine. - Dann haben wir das so beschlossen.

Der zweite Punkt außerhalb der Tagesordnung ist folgender: Wir geben bekannt, dass die SPD-Fraktion anstelle von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayer Herrn Kollegen Reinhold Strobl als neues ordentliches Mitglied der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der Bayern LB benannt hat. Frau Dr. Strohmayer übernimmt dafür dessen bisherige Funktion als stellvertretendes Mitglied der Kommission. Ich bitte Sie, das einfach formal zur Kenntnis zu nehmen.

Es hat keinen Sinn, vor der Mittagspause einen Dringlichkeitsantrag aufzurufen, geschweige denn in Erste oder Zweite Lesungen zu gehen. Deswegen schlage ich vor, die Zeit zu nutzen, um uns zu regenerieren. Ich bitte Sie, um 14.00 Uhr wieder hier zu sein.

(Unterbrechung von 13.07 bis 14.00 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Sitzungsbeginn nach der Pause haben wir 14.00 Uhr verabredet. Jetzt ist es 14.00 Uhr, wir fangen also an. Herr Kollege Huber, ich kann Ihnen kein großes Auditorium bieten. Aber ich rufe den Tagesordnungspunkt jetzt auf.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. August 2010 Vf. 12-VII-10 betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 314, BayRS 2126-3-UG)
PII/G-1310/10-6
Drs. 16/5820 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
2. Der Antrag ist unbegründet.
3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. September 2010 (Vf. 16-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Nr. 8 und Art. 3 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 314, BayRS 2126-3-UG)
PII/G-1310/10-7
Drs. 16/5821 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
2. Die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung und in der Hauptsache sind unbegründet.
3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. September 2010 (Vf. 17-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans „Auerschmied“ mit integriertem Grünordnungsplan der Gemeinde Irschenberg vom 18. Juli 2005
PII/G-1310/10-8
Drs. 16/5822 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens!
Drs. 16/4043, 16/5840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD
Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP hinsichtlich der „Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene“ nicht umsetzen
Drs. 16/4199, 16/5841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster, Martin Güll u.a. SPD
Mehr Anrechnungsstunden für Schulleitungen
Drs. 16/4345, 16/5855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verantwortungsvoller Umgang mit Nanotechnologie am Arbeitsplatz
Drs. 16/4609, 16/5826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Gerhard Wägemann, Georg Eisenreich u.a. CSU, Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt u.a. FDP
Schulbauverordnung (SchulBauV) den Erfordernissen und Ansprüchen von Ganztagschulen und modernen pädagogischen Erkenntnissen anpassen
Drs. 16/4685, 16/5857 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Risiken der Nanotechnologie für Mensch und Umwelt
Drs. 16/4702, 16/5828 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Lage des Gesundheitsmarktes im Bereich Telemonitoring und Telemedizin
Drs. 16/4816, 16/5830 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Privatisierung der Justiz
Drs. 16/4820, 16/5842 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ohne

**bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Susann Biedefeld u.a. SPD
Vorlagefrist für Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 einhalten
Drs. 16/4876, 16/5744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Ludwig Wörner u.a. und Fraktion (SPD)
Mieterinnen und Mieter der GBW AG endlich effektiv schützen!
Drs. 16/4999, 16/5745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Konkrete Ausgestaltung der Gelenkkasse
Drs. 16/5028, 16/5858 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u.a. und Fraktion (SPD)
Länger gemeinsam lernen!
Drs. 16/5049, 16/5860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachgutachten zur Minderung der NO₂-Belastung bei einer Geschwindigkeitsreduktion auf der BAB 8 zwischen Piding und Neukirchen
Drs. 16/5110, 16/5831 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. SPD
Zukunft der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Drs. 16/5127, 16/5837 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Markus Rinderspacher, Reinhold Perlak u.a. SPD
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten über den „Europäischen Wettbewerb“ informieren
Drs. 16/5183, 16/5874 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Ludwig Wörner u.a.
SPD
Wo Milch drauf steht muss auch Milch drin sein!
Drs. 16/5185, 16/5838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Markus Blume, Dr. Otto Hünnerkopf,
Johannes Hintersberger u.a. CSU,
Karsten Klein, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer u.a. FDP
Zukunft der Nanotechnologie in Bayern: Chancen für Umwelt und Gesundheit
verantwortungsvoll nutzen und fördern
Drs. 16/5207, 16/5832 (ENTH) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Finanzierung der EU-Agrarpolitik nach 2013
Drs. 16/5230, 16/5839 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Christian Meißner, Angelika Schorer,
Dr. Florian Herrmann u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Otto Bertermann u.a. FDP
Körpergröße von Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst
Drs. 16/5261, 16/5790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Thomas Dechant, Dr. Annette Bulfon, Dr. Otto Bertermann u.a. FDP
Errichtung eines europäischen Gerichts für europäische Patentangelegenheiten
Drs. 16/5274, 16/5875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Gewichtung der letzten Schulaufgaben im G9
Drs. 16/5449, 16/5861 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sponsoring-Richtlinie vorlegen!
Drs. 16/5605, 16/5846 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat